

Telekooperation in der Verwaltung – das Einzelprojekt POLIVEST als Bestandteil von POLIKOM. Erfahrungen aus dem Einsatz in Sachsen-Anhalt

MATHIAS SCHILLER

Das im Rahmen des Informationsverbundes Berlin/Bonn (IVBB) erstellte und vom früheren Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderte Verbundprojekt POLIKOM¹ verfolgt das Ziel, informationstechnische Lösungen für die standortverteilte Kooperation in der Verwaltung zu entwickeln.

Das Einzelprojekt POLIVEST (Vorgangsbearbeitung unter Einbeziehung synchroner Telekooperation) als ein Bestandteil von POLIKOM hat speziell die synchrone Telekooperation und den Dokumentenaustausch zum Gegenstand. Anwendungsbereich ist neben dem Baugenehmigungsverfahren einer Kreisverwaltung (Rhein-Sieg-Kreis) das Beratungsverfahren des Bundesrates mit den Bundesländern, also die Prüfung und Erörterung von Gesetzesvorlagen. Anwender hierfür sind die Länder Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Projektphase bestand von Frühjahr 1995 bis zum Herbst 1998, das System wird aber weiter genutzt.

Die informationstechnische Umsetzung des Beratungsverfahrens zur Erreichung des Zieles (synchrone Telekooperation und Dokumentenaustausch) setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

1 Die Bereitstellung von beratungsrelevanten Dokumenten

Durch das Sekretariat des Bundesrates werden alle erforderlichen Dokumente (vor allem Tagesordnungen, Protokolle, Drucksachen) über einen Server bereitgestellt. Zugriff auf diesen Server haben die beteiligten Stellen in den Ländern² per ISDN-Leitung über einen Internet-Browser. Die benötigten Unterlagen stehen damit wesentlich früher zur Verfügung; sie sind bereits ein bis zwei Tage vor dem postalischen Eingang zugänglich, mitunter sogar schon kurze Zeit nach ihrer Erstellung (z. B. Sitzungsprotokolle). Ein strukturiertes Ablagesystem (hierarchisch jeweils nach Ausschuß, Aktenschrank, Aktenordner, Register und Dokument aufgebaut) sowie vielfältige Recherchemöglichkeiten (z. B. nach Drucksachenummer, Tagesordnungspunkt, Stichwort samt deren Verknüpfungsvarianten) vervollständigen das Verfahren.

Im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt werden darüber hinaus die Papiere des Innen- sowie des Verteidigungsausschusses auf den hausinternen Server gelegt und über das Intranet des Ministeriums den Mitarbeitern zur Kenntnis gegeben.

2 Die Bereitstellung eines Telekooperationssystems zur synchronen Bearbeitung dieser Dokumente an verschiedenen Orten

Die audiovisuelle Kommunikation wird nur minimal genutzt. Eine unmittelbare gemeinsame Bearbeitung von Dokumenten, sowohl in der Landesverwaltung selbst als auch zwischen den Ländern bzw.

¹ Ausführlich dazu u.a.: POLIKOM-Konferenz des BMBF, 28. Januar 1997, Stadthalle Bad Godesberg, hrsg. durch den Projektträger Informationstechnik des BMBF bei der DLR e.V., Ralph Schmidt, Gottfried Wolf; Michael Wettengel: Digitale Signaturen und Pilotprojekte zur IT-gestützten Vorgangsbearbeitung in der Bundesverwaltung. In: Frank M. Bischoff (Hrsg.): Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Beiträge zur Tagung im Staatsarchiv Münster, Münster 1997, S. 9 ff.

² In Sachsen-Anhalt: Ländervertretung in Bonn, Staatskanzlei, Ministerium des Innern.

mit dem Bundesrat, erfolgt eigentlich nicht. Zum einen sind nicht alle Mitarbeiter, die es sein müßten, mit der Technik ausgestattet. Dies hat unter anderem zur Folge, daß die Bestimmungen der *Gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien -Allgemeiner Teil-* des Landes Sachsen-Anhalt der standortverteilten Bearbeitung elektronischer Dokumente dahingehend entgegenstehen, als der dort zwingend vorgeschriebene Dienstweg nicht eingehalten werden könnte. Zum anderen konnte von seiten des Systems nicht immer sichergestellt werden, daß der räumlich verteilte und zeitlich versetzte Zugriff für alle Teilnehmer auf den gleichen Bearbeitungsstand eines Dokumentes erfolgt.

Nicht zuletzt scheinen die Beteiligten diese Form der Zusammenarbeit auch nicht als entscheidenden Vorteil anzusehen. Die eigentliche Vorgangsbearbeitung erfolgt also weiterhin papiergebunden auf den ausgedruckten bzw. übersandten Unterlagen, die nötigen Absprachen erfolgen telefonisch, schriftlich oder persönlich in sogenannten Abstimmungsrunden.

3 Die Bereitstellung eines elektronischen Registratursystems zur Verwaltung der Dokumente

Das Registratursystem soll die Verwaltung der aus den Dokumenten hervorgehenden Vorgänge unterstützen. Nach einer Testausführung liegt nun die Vollversion vor und es läuft die Einarbeitung in diesen Programmteil.

4 Zusammenfassung

Der bisher entscheidende Vorteil des Projektes liegt eindeutig bei der Beschleunigung des Beratungsverfahrens durch die zum Teil erhebliche Senkung der Bereitstellungsfristen für die Dokumente des Bundesrates und die daraus resultierenden Möglichkeiten, den Abstimmungsbedarf im Land frühzeitig zu koordinieren. Besonders bei den sogenannten zeitkritischen Vorgängen ist dies von Bedeutung. Ein Rationalisierungseffekt durch synchrone Bearbeitung eines Dokumentes an verteilten Standorten ergibt sich momentan nicht, da dieses Potential kaum genutzt wird.

Damit haben sich durch den Einsatz von POLIVEST aber auch noch keine grundlegend neuen Formen des Arbeitens herausgebildet. Aus archivischer Sicht bleiben Aufbau und Ablauf von Verwaltungsprozessen vom Prinzip her bekannt, die Arbeitsergebnisse nehmen keine neue Gestalt an. Eine Folge ist allerdings auch die Zunahme von Papier, da vor dem Zugang per Post die Unterlagen z.T. bereits ausgedruckt, nach Bedarf vervielfältigt, verteilt und bearbeitet werden. Die Belastung der Registraturen dürfte damit zugenommen haben und das Archiv muß mit einer weiteren Vielzahl von Mehrfachüberlieferungen rechnen.